

Fragen

für die Fragestunde der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. März 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 36	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	27, 28
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Mayer (Altötting), Stephan (CDU/CSU)	26
Beckamp, Roger (AfD)	12, 13	Müller, Sepp (CDU/CSU)	46, 47
Brandner, Stephan (AfD)	3, 4	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 51
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	33, 34	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	14, 15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	39, 40	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	43, 44
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	49, 50	Renner, Martina (DIE LINKE.)	41, 42
Görke, Christian (DIE LINKE.)	29, 48	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	10
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	32	Rüddel, Erwin (CDU/CSU)	18
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	16, 17	Schattner, Bernd (AfD)	1, 45
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	37, 38	Schmidt, Eugen (AfD)	21, 22
Irlstorfer, Erich (CDU/CSU)	11	Sorge, Tino (CDU/CSU)	5
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	35	Spahn, Jens (CDU/CSU)	30, 31
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	8, 9	Stöcker, Diana (CDU/CSU)	6, 7
		Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	19, 20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes.	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch der Versorgungsgrad mit Ärzten im ländlichen bzw. im städtischen Raum in Deutschland ist (www.kvwl.de/themen-a-z/bedarfsplanung)?
2. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Inwieweit sind an der beim Bundesministerium für Gesundheit angesiedelten Expertenkommission zur möglichen Regelung der Abtreibung außerhalb des Strafrechts Vertreter von Kirchen bzw. Theologen beteiligt (vgl. www.pro-medienmagazin.de/abtreibungsparagraf-kommission-ohne-kirchenvertreter/; zuletzt abgerufen am 1. März 2023)?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Setzt sich der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach für flächendeckende Obduktionen von Personen ein, die in zeitlicher Nähe zu einer Impfung gegen das Coronavirus oder in zeitlicher Nähe zu einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben sind, und wie begründet er seine Antwort?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie hoch war zum 28. Februar 2023 nach Kenntnis des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach die Anzahl gemeldeter Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, die im Anschluss an eine Impfung mit einem der zugelassenen COVID-19-Impfstoffe aufgetreten ist?
5. Abgeordneter
Tino Sorge
(CDU/CSU) Welche Personen haben an dem in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 99 des Abgeordneten Sören Pellmann auf Bundestagsdrucksache 20/5289 genannten Termin am 25. Juli 2022 teilgenommen (bitte einzeln auflisten), und wurde bei diesem Termin im Einvernehmen mit der Agentur Scholz & Friends Family GmbH die Unterbeauftragung der Agentur brinkertlück gmbh für die Kampagne „Ich schütze mich“ vereinbart?

6. Abgeordnete
Diana Stöcker
(CDU/CSU)
- Auf welcher wissenschaftlichen Evidenz beruht die Aussage des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach in der Pressekonferenz vom 8. Februar 2023, bei der der Abschlussbericht „Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche“ der interministeriellen Arbeitsgruppe vorgestellt wurde, in der er gesagt hat, dass eine Reform der Bedarfsplanung der psychotherapeutischen Versorgungslage nicht sinnvoll sei, weil nur Kassensitze für Psychotherapie entstehen würden, die dann „nur die leichten Fälle“ psychischer Erkrankungen therapieren würden?
7. Abgeordnete
Diana Stöcker
(CDU/CSU)
- Warum antwortet die Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zum Ausbau der psychischen Krisen- und Notfallversorgung – Flächendeckende Sicherstellung ambulanter Krisenhilfen 24/7 auf Bundestagsdrucksache 20/5689, dass die Krisenhilfen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste in der Zuständigkeit der Länder liegen, die kommunale Ebene für die Ausgestaltung verantwortlich ist und sich Patientinnen und Patienten in Krisen im Rahmen der Öffnungszeiten an diese Stellen wenden können, obwohl im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP versprochen wurde, „Die psychiatrische Notfall- und Krisenversorgung bauen wir flächendeckend aus“ (siehe S. 67, Koalitionsvertrag)?
8. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie erklärt der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach die nach meiner Auffassung offenbar völlig überdimensionierten Bestellungen von COVID-Impfstoffen, von denen 36 Millionen Dosen bereits abgelaufen sind und weitere 134 Millionen im Laufe des Jahres vernichtet werden müssen (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/rund-36-millionen-corona-impfdosen-abgelaufen-faktenfuchs, TTmO7lm), wie auch des Medikaments Paxlovid, von dem im Laufe dieses Jahres ebenfalls mehrere hunderttausend Packungen wegen Überschreitung des Verfallsdatums vernichtet werden müssen (www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/coronavirus/paxlovid-hunderttausenden-packungen-droht-vernichtung/), und welche Konsequenzen gedenkt der Bundesminister aus dieser Verschwendung von Steuergeldern zu ziehen?

9. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie viele Einheiten des COVID-Medikaments Molnupiravir (Lagevrio), dem die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) Ende Februar 2023 die Zulassung verweigerte, hat die Bundesregierung insgesamt bestellt, und was hat das Bundesministerium für Gesundheit seinerzeit bewogen, für viel Steuergeld ein Medikament zu bestellen, für das noch gar keine Zulassung vorlag und wie wir heute wissen, auch nie vorliegen wird (www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/lagevrio-nicht-mehr-verkehrsfahig/)?
10. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung für die weitere Verwendung und Weiterentwicklung der Corona-Warn-App?
11. Abgeordneter
Erich Irlstorfer
(CDU/CSU)
- Wie gestalten sich die interministeriellen Absprachen zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Kontext der dringend notwendigen Bereitstellung von finanziellen Forschungsmitteln für die Long-COVID-, ME/CFS- sowie Post-Vac-Forschung?
12. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Aus welchem Grund hält die Bundesregierung es für „unethisch“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 23 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/1662), placebokontrollierte und randomisierte Studien etwa im Fall des Corona-Impfstoffes „BNT162b2“ von BioNTech nach der (bedingt erteilten) Zulassung durchzuführen, obwohl in der durchgeführten Untersuchung, die Grundlage für die Zulassung war, die Teilnehmer aus der Wirkstoff-Gruppe zu einem höheren Anteil verstorben sind („During the blinded, placebo-controlled period, 15 participants in the BNT162b2 group and 14 in the placebo group died; during the open-label period, 3 participants in the BNT162b2 group and 2 in the original placebo group who received BNT162b2 after unblinding died.“ siehe „Safety and Efficacy of the BNT162b2 mRNA COVID-19 Vaccine through 6 months“; www.nejm.org/doi/10.1056/NEJMoa2110345), und zu einem signifikant höheren Anteil von unerwünschten Ereignissen (Appendix der Studie siehe www.nejm.org/doi/suppl/10.1056/NEJMoa2110345/suppl_file/nejmoa2110345_appendix.pdf; S. 10) betroffen waren als die Probanden der Placebo-Gruppe?

13. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Ist der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach vor dem Hintergrund seiner Äußerungen, wie er seine Professur erlangte (www.youtube.com/watch?v=RKVUhhDusfU ab 7:40), der Ansicht, dass der in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5470, Anlage 3, Nr. 299, S. 77 geschilderte Sachverhalt eine Verleumdung darstellt, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung den Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach dort als Geschädigten einer Politisch motivierten Straftat („Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens § 188 StGB“) aufführt (Nr. 299, S. 77, Bundestagsdrucksache 20/5470)?
14. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung mit Blick auf die Äußerung des unparteiischen Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses, Prof. Josef Hecken, vom 19. August 2021: „Wenn wir es als Gesellschaft ernst meinen und klare gesetzliche Regeln für den Umgang mit nichtinvasiver Pränataldiagnostik als sinnvoll erachten, muss sich das Parlament angesichts der sich stets weiterentwickelnden Innovationen dieser ethisch-moralischen Frage stellen.“ (siehe www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen-meldungen/974/) die Notwendigkeit, dass sich der Gesetzgeber und nicht die ärztliche Selbstverwaltung erneut und grundlegend mit der ethisch und gesellschaftlich tiefgreifenden Frage von vorgeburtlichen Bluttests auf Trisomien beschäftigen muss und im Ergebnis eine konkrete gesetzgeberische Vorgabe machen muss, ob und unter welchen Umständen die Kosten für solche Tests durch die gesetzliche Krankenversicherung übernommen werden, und wenn nein, warum nicht?
15. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die seit Juli 2022 ermöglichte Kostenübernahme der pränatalen Bluttests durch die gesetzliche Krankenversicherung im Ergebnis die große Mehrheit der schwangeren Frauen bei einem positiven Ergebnis einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt oder der Schwangerschaftsabbruch dadurch künftig die Regel wird, wie es etwa in Dänemark seit dem Jahr 2000 signifikant der Fall ist (vgl. www.spiegel.de/politik/ausland/praenataltes-t-in-daenemark-wo-es-das-downsyndrom-bald-nicht-mehr-geben-koennte-a-1294359.html), und sieht die Bundesregierung in der Folge eine Diskriminierung und Benachteiligung der so nicht geborenen Menschen, insbesondere mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention, hier im Speziellen auf die Artikel 5 und 8 der Konvention?

16. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass sich aufgrund der Kostenübernahme nichtinvasiver Pränataltests durch die gesetzlichen Krankenkassen die Gefahr von eugenischen Tendenzen zu Lasten von Menschen mit Trisomie 13, Trisomie 18 und Trisomie 21 verfestigt?
17. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Wie ist aus Sicht der Bundesregierung die Kostenübernahme nichtinvasiver Pränataltests durch die gesetzlichen Krankenkassen mit dem Wirtschaftlichkeitsgebot gemäß § 12 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zu vereinbaren, wonach Leistungen, die nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, von Leistungserbringern nicht bewirkt und von Krankenkassen nicht bewilligt werden dürfen?
18. Abgeordneter
Erwin Rüdell
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung die Reform zur Digitalisierung, die Strukturreformen bei den Krankenhäusern und die beiden Versorgungsgesetze finanzieren, und in welcher Höhe wird es eine Beteiligung des Bundesministers der Finanzen aus Steuermitteln geben?
19. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie soll die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) für gesetzlich Versicherte finanziert werden, und ab wann rechnet die Bundesregierung damit, dass sich mögliche Einsparpotenziale durch die ePA auswirken könnten?
20. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- In welchem Zeitrahmen sollen die bisher schon an verschiedenen Stellen im Gesundheitswesen vorhandenen Patientendaten in die ePA eingepflegt werden, und wie soll der dafür notwendige Aufwand vergütet werden?
21. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Wie erklärt der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach den von ihm aufgestellten Kausalzusammenhang, dass Gesundheitsdaten von Patienten sicher seien, weil sie dezentral gespeichert würden, und hält er Dezentralität für ein hinreichendes Kriterium für Sicherheit (Dr. Karl Lauterbach: „Die Daten liegen dezentral, also ein sicheres System. Und es ist auch kein Missbrauch dieser Daten also möglich.“, Pressekonferenz mit dem Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach am 9. Februar 2023, www.youtube.com/watch?v=NhokQKa9q5Y bei 0:09:35)?

22. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern ist nach Ansicht vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach kein „Missbrauch“ von Daten der elektronischen Patientenakte möglich (Dr. Karl Lauterbach: „Die Daten liegen dezentral, also ein sicheres System. Und es ist auch kein Missbrauch dieser Daten also möglich.“, Pressekonferenz mit dem Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach am 9. Februar 2023, www.youtube.com/watch?v=NhökQKa9q5Y bei 0:09:35)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

23. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarte Ziel, die Verkehrsleistung der Bahn im Personenverkehr bis 2030 zu verdoppeln (S. 49) zu erreichen, und wie verträgt sich dies mit der Ankündigung, der „Deutschlandtakt“ werde erst 2070 statt wie geplant 2030 umgesetzt (www.welt.de/politik/deutschland/article244075801/Bahn-Deutschlandtakt-wird-erst-bis-2070-umgesetzt.html)?
24. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung gewährleisten, dass der Zugang zum „Deutschlandticket“ für alle möglich sein wird und zwar insbesondere unabhängig von zuvor positiv bewerteter Bonitätsüberprüfung (www.rnd.de/wirtschaft/49-euro-ticket-nur-nach-positivem-schufa-check-5KZRQGAPFBAGPOKSBNPMWGUZ3Y.html)?
25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis über den Planungsstand der Streckenführung der Personen- und Güterbahntrasse Genua–Rotterdam zum Lückenschluss im Bereich von Mannheim (insbesondere die Streckenführung durch bzw. um Mannheim herum) nach Karlsruhe (vgl. www.swr.de/swraktuell/badenwuerttemberg/karlsruhe/bahnstrecke-mannheim-karlsruhevarianten-102.html und www.mannheim-karlsruhe.de/), und welche Streckenvarianten sind aktuell in der näheren Auswahl?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

26. Abgeordneter
Stephan Mayer (Altötting)
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Aussage aus dem Antwortschreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Christian Kühn auf meine Mündliche Frage 29, Plenarprotokoll 20/87 Seite 10424(D), dass es „entgegen der vereinzelt Berichterstattung derzeit keine ‚Bestrebungen‘ der Bundesregierung zu einer Beschränkung der per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) in der Europäischen Union gibt“, wenn die Bundesministerin Steffi Lemke sich mit klaren Aussagen (vgl. DER SPIEGEL vom 7. Februar 2023 „Deutschland will ‚ewige Chemikalien‘ in der EU verbieten“) hier wiederholt klar positioniert hat und auch der Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ auf S. 33 eindeutig schriftlich festhält, dass die Bundesregierung die Risiken der per- und polyfluorierten Chemikalien reduzieren will?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

27. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum folgt die Bundesregierung nicht der Empfehlung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zur Abschaltung ihrer Social-Media-Kanäle, und zieht die Bundesregierung im Falle eines Abschaltungsbescheides tatsächlich eine Klage in Betracht (www.lto.de/recht/nachrichten/n/facebook-datenschutz-facebookseite-bundesregierung-loeschen-bundesdatenschutzbeauftragter/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

28. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die durch das LNG-Terminalschiff Höegh Esperanza praktizierte Elektrochlorierung im Dauerbetrieb den deutschen Umweltrichtlinien entspricht, und wie wurde dies überprüft (www.rtl.de/cms/lng-terminal-in-wilhelmshaven-umweltschuetzer-warne-n-vor-gefahr-fuer-umwelt-und-mensch-5029453.html)?
29. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Anzahl der gemäß § 39 des Strompreisbremsegesetzes und § 27 des Erdgas-Wärme-Preisbremsegesetzes beim Bundeskartellamt vorliegenden Verdachtsfälle sowie deren abgeschlossener Bearbeitungsanteil?
30. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie ist der Umsetzungsstand zur Abschöpfung von Erlösen im Zusammenhang mit der Strompreisbremse (insbesondere beim Aufbau des erforderlichen Portals), und mit welchen Erlösen aus der Abschöpfung rechnet die Bundesregierung?
31. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Hat der Chemiekonzern BASF für seine Investition in eine neue World-Scale-Anlage für den Duftstoff Citral an seinem neuen Verbundstandort im chinesischen Zhanjiang eine Investitionsgarantie beantragt (www.wiwo.de/unternehmen/industrie/chemiekonzern-basf-investiert-in-neue-anlagen-in-china-und-ludwigshafen/29022280.html), und wie (und wann) wurde über diesen Antrag entschieden?
32. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Ausgestaltung des Härtefallfonds für Privathaushalte, die mit Öl, Pellets oder Flüssiggas heizen, und ab wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung frühestens mit einem Start der Antrstellung auf Härtefallhilfen in den Ländern zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

33. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie viele Einreisen, nach erfolgter Aufnahmezusage, gab es bislang im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan (bitte nach Monaten und Aufnahmezusagen bzw. Einreisen auflisten), und wird die Bundesregierung den Forderungen von mehr als 80 Frauen aus Afghanistan und mehreren Frauengruppen entsprechen („Berliner Erklärung“ vom 8. März 2023, vgl. www.pr.oasyl.de/news/afghanische-frauen-im-exil-protestieren-mit-eindringlichem-aufruf-gegen-das-vergessen/), insbesondere der Forderung, auch afghanische Schutzsuchende, die in Nachbarländer fliehen mussten und dort oft von Abschiebungen nach Afghanistan bedroht sind, in das Bundesaufnahmeprogramm einzubeziehen, und wenn nein, bitte nachvollziehbar begründen?
34. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie lauten die Ergebnisse der Asylprüfungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023 (bitte differenzieren) bezogen auf weibliche Asylsuchende aus dem Iran bzw. aus Afghanistan (bitte jeweils nach internationalem Flüchtlingsschutz, subsidiärem Schutz, Abschiebungsschutz, Ablehnungen und formellen Erledigungen differenzieren), und wie hoch war die bereinigte Schutzquote bei Jesidinnen aus dem Irak im Jahr 2022 bzw. im bisherigen Jahr 2023?
35. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Nutzer hat das Nutzerkonto Bund (<https://id.bund.de/de/eservice/konto>) aktuell?
36. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wer hat seitens der Bundesregierung bzw. nach Kenntnis der Bundesregierung seitens des Deutschen Bundestages an der internationalen Konferenz gegen Segregation und Extremismus („Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration“), zu der die Integrationsministerin von Österreich, Dr. Susanne Raab (ÖVP), geladen hat, teilgenommen (vgl. www.derstandard.at/story/2000141476327/raab-veranstaltet-europaeische-konferenz-gegen-extremismus/)?

37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass russische Deserteure über das ukrainische staatliche Projekt „Choču žit“ – „Ich will leben“ – (siehe dazu das Interview mit dem Sprecher des Projekts www.currenttime.tv/a/sdav-shiysya-v-plen/32081132.html) die Möglichkeit haben, aus der Gefangenschaft in der Ukraine Asyl in Deutschland zu beantragen, und welche anderen ähnlichen oder vergleichbaren Programme sind der Bundesregierung bekannt, über die russische Deserteure aus der Gefangenschaft in der Ukraine Asyl in den Staaten der Europäischen Union, unter anderem in Deutschland, beantragen können?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

38. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welchen völkerrechtlich bindenden Verträgen, die aktuell real in Kraft und nicht vorübergehend ausgesetzt sind, basiert nach Ansicht der Bundesregierung die Sicherheit in Europa im Sinne der OSZE (bitte alle Verträge auflisten), und auf welchen völkerrechtlich bindenden Verträgen, die zu dem Zeitpunkt real in Kraft und nicht vorübergehend ausgesetzt waren, basierte nach Ansicht der Bundesregierung die Sicherheit in Europa im Sinne der OSZE im März 2000 (bitte alle Verträge auflisten)?

39. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung eine völkerrechtliche Bewertung der anhaltenden britischen Besetzung des Chagos-Archipels vorgenommen, die der Internationale Seegerichtshofs am 25. Januar 2021 in Bestätigung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Februar 2019 als völkerrechtswidrig einstufte (www.swp-berlin.org/publikation/eine-heikle-mission-die-fregatte-bayern-zeigt-flagge-im-indopazifik), vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung ihre Enthaltung bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung, bei der eine große Mehrheit von 116 Staaten für eine Rückgabe der Inseln an Mauritius votierte und den Rückzug der „kolonialen Verwaltung“ forderte, nicht als rechtliche Bewertung verstanden wissen wollte (<https://press.un.org/en/2017/ga11924.doc.htm>) und der ledigliche Verweis auf eine Kenntnisnahme des Urteils des Internationalen Seegerichtshofs (vgl. Antworten der Bundesregierung zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/32526 und zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/31147) nach meiner Auffassung keine völkerrechtliche Bewertung darstellt, wenn ja, ist die Bundesregierung zu dem Ergebnis gekommen, dass die anhaltende Besetzung des Chagos-Archipels einen Bruch des Völkerrechts darstellt, wenn Letzteres bejaht wird, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus vor dem Hintergrund, dass laut einem aktuellen Bericht von Human Rights Watch (HRW) „die anhaltende Zwangsumsiedlung der Chagossianer, die Verhinderung ihrer dauerhaften Rückkehr in ihr Heimatland und ihre Verfolgung aus rassistischen und ethnischen Gründen Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen“ (www.hrw.org/report/2023/02/15/thats-when-nightmare-started/uk-and-us-forced-displacement-chagossians-and), und wenn Letzteres verneint wird, warum (bitte begründen)?

40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Stellt die anhaltende Besetzung eines Teils Zyperns durch die Türkei eine Verletzung des Völkerrechts dar vor dem Hintergrund, dass die türkische Position laut Bundesregierung im Widerspruch zu der im Zusammenhang mit der türkischen Intervention ergangenen Resolution 353 (1974) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) vom 20. Juli 1974 sowie der nach der einseitigen Ausrufung des Türkischen Föderativstaats von Zypern verabschiedeten Resolution 367 (1975) des VN-Sicherheitsrats vom 12. März 1975 steht (Antwort auf meine Schriftliche Frage 49 auf Bundestagsdrucksache 20/5883)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

41. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise und welchem Umfang haben die Beteiligten des beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführten Ermittlungsverfahrens gegen eine mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigung aus der Reichsbürgerszene, die im Oktober 2022 sieben verschiedene Kasernen der Bundeswehr in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern besucht haben sollen, Zugang zu den betreffenden Bundeswehrstandorten erhalten (www.rnd.de/panorama/reichsbuerger-razzia-was-hat-di-e-gruppierung-geplant-wer-wurde-festgenommen-LSC24Z2QC6JMCFDG6LYJVT6EUQ.html), und welche Gründe lagen nach Kenntnis der Bundesregierung der Auswahl dieser sieben Bundeswehrstandorte zugrunde?
42. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise haben die in Frage 41 genannten Beteiligten des beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof geführten Ermittlungsverfahrens gegen eine mutmaßlich rechtsterroristische Vereinigung aus der Reichsbürgerszene nach Kenntnis der Bundesregierung Rekrutierungsmaßnahmen gegenüber Polizeikräften entfaltet (www.zeit.de/news/2022-12/07/reichsbuerger-wollten-polizisten-und-soldaten-rekrutieren); bitte eventuelle konkrete Rekrutierungsgelegenheiten im Detail schildern)?
43. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die bisherigen Kosten für das Produkt „Libra – das Rechtsbriefing“ der juris GmbH (bitte nach Personal-, Sachaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwendungen aufschlüsseln), und welche bisherigen Einnahmen der juris GmbH durch das Produkt „Libra – das Rechtsbriefing“ stehen diesen Kosten gegenüber (bitte die fünf Haupteinnahmen angeben)?
44. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele festangestellte Mitarbeiter hat die juris GmbH für das Produkt „Libra – das Rechtsbriefing“ beschäftigt (bitte nach Dienstbeginn, Dienstbezeichnung und Beschäftigungsumfang aufschlüsseln), und welche Aufgaben nehmen diese Mitarbeiter nach Einstellung des Produkts wahr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

45. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Familien bzw. Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland Bürgergeld beziehen?
46. Abgeordneter
Sepp Müller
(CDU/CSU) Wann plant das Bundesministerium für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschlossene bedarfsgerechte Ausgestaltung des Reha-Budgets umzusetzen, um den Versicherten mehr Rehabilitationsmöglichkeiten zu bieten und eine Erwerbsminderung zu verhindern?
47. Abgeordneter
Sepp Müller
(CDU/CSU) Wie genau plant das Bundesministerium für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Zugang zu Rehabilitations- und Präventionsmaßnahmen, wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschrieben, zu vereinfachen, und wann wird dies umgesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

48. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.) Wie lauten die Ergebnisse der Ende Januar beendeten Messungen zur Überprüfung der Lärmsituation rund um den Truppenübungsplatz Kletitz, und sind weitere Messungen beabsichtigt (www.maz-online.de/lokales/havelland/rathenow/schiesslaerm-in-kletitz-widerstand-gegen-bundeswehr-entscheidung-QSKIDD75F7ASIVDRT62OZTFZPU.html)?

49. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Sagt die Bundesregierung zu, alle im Rahmen von militärischen Unterstützungsleistungen an die Ukraine abgegebenen Ausrüstungs- und Waffensysteme aus Beständen der Bundeswehr vollständig durch Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen dergestalt zu ersetzen, dass es – nach abgeschlossener Neu- bzw. Ersatzbeschaffung – zu keinem Fähigkeitsverlust bzw. zu keiner Fähigkeitsreduzierung der Bundeswehr kommt, und werden die entsprechenden Neu- und Ersatzbeschaffungen weiterhin über den Einzelplan 60 des Bundeshaushaltes zur Verfügung gestellt und damit zusätzlich zum regulären Verteidigungshaushalt, oder plant die Bundesregierung eine haushalterische Verlagerung dieser Beschaffungsvorhaben in den Bereich des Einzelplans 14, womit nach meiner Auffassung – gegebenenfalls – die Finanzierung der Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen aus den laufenden Mitteln des Verteidigungshaushaltes ohne vollumfängliche Kompensation aus dem Gesamthaushalt verbunden wäre?
50. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung – mutmaßlich in Person von Vertretern des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) oder von Vertretern der Deutschen Marine – nach mir vorliegenden Informationen gegenüber der niederländischen Defensie Materieel Organisatie (DMO) die Absicht mitgeteilt haben soll, das Beschaffungsvorhaben F127 nicht im Rahmen eines deutsch-niederländischen (Entwicklungs-)Projektes zu realisieren, sondern vielmehr im Rahmen eines FMS-Cases zumindest signifikante Anteile am besagten Vorhaben über die amerikanische Regierung zu beschaffen, und will die Bundesregierung beim genannten Beschaffungsvorhaben im Rahmen eines FMS-Cases das komplette Führungs- und Waffeneinsatzsystem (FüWES, z. B. AEGIS Combat System) beschaffen oder nur ausgewählte Teilaspekte (z. B. AEGIS Weapon System; ggf. bitte erläutern, welche konkreten Teilaspekte des FüWES im Rahmen des FMS-Cases beschafft werden sollen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

51. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche konkreten Vorhaben forciert die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus derzeit, um den aus ihrer Sicht vorhandenen und meiner Meinung nach zutreffenden Mangel an Wertschätzung für ältere Menschen und ihre Lebensleistung in unserer Gesellschaft zu verbessern (vgl. www.bild.de/politik/inland/politik/familienministerin-paus-aeltere-haben-den-eindruck-dass-sie-nicht-gewollt-sind-83024618.bild.html; zuletzt abgerufen am 1. Februar 2023)?

